Politik um Luftschlösser

Von Paul Olberg (Berlin)

In Sowjetrußland befindet sich derzeit wieder einmal zum Studium des dortigen „Aufbaues" eine kommunistische „deutsche Redakteur-Delegation". Aus dem „Roten Ural" haben nun die Remmele und Genossen nach Hause telegraphiert: „Die Delegation hat zehn Tage den Ural bereist. Ueberwältigender Eindruck des Aufbaues eines großen stählernen Urals, ein Kernstück des Fünfjahrplans. Der ganze Ural ist im sozialistischen Aufschwung zum gewaltigsten Industriezentrum der Welt. Aus der Wildnis entstehen Riesenwerke und sozialistische Städte. Die Delegation leistet tiefgehende Studienarbeit." Also jetzt wissen wir es! Der Ural, der bekanntlich eine Länge von 2560 Kilometer hat, hat, obgleich Längsverbindungen so gut wie gar nicht bestehen, in 10 Tagen, genauer gesagt in 5 Tagen — denn die Hälfte der Zeit muß doch immerhin auf Schlaf und Eisenbahnfahrt angesetzt werden — „tiefgehend" studiert werden können. Welcher hanebüchene Schwindel das deutsch-kommunistische Märchen vom sowjetrussischen „Aufbau" ist, ist wohl selten so schamlos von den Herrschaften selbst herausgesagt worden. Im Gegensatz dazu „studiere" man nun die nachstehenden Ausführungen, die sich zum großen Teil auf sowjetrussische Angaben stützen.

Die Schriftleitung.

Planlosigkeit des „Planes".

Sowjetrußland rückt einer gewaltigen Wirtschaftskatastrophe immer näher. Zunehmender Mangel an allen Bedarfsartikeln gestaltet sich zu einer Hungersnot, die unzählige Opfer fordert. Massenweise flüchten Arbeiter aufs flache Land, um dort ihre Existenz einigermaßen behaupten zu können. Industriebetriebe, die erst kürzlich in Betrieb genommen wurden, werden stillgelegt. Eine ausgesprochene Inflation ist an der Tagesordnung. Alle diese trostlosen Erscheinungen sind hauptsächlich eine unmittelbare Folge des rasenden Tempos des „Fünfjahresplans", der seit über zwei Jahren im Mittelpunkt der sowjetrussischen Wirtschaftspolitik steht.

Besteht aber eigentlich in Rußland ein Wirtschaftsplan in wirklichem Sinne des Wortes? Aus sowjetamtlichen Publikationen geht mit aller Klarheit hervor, daß die sowjetrussische Planwirtschaft nichts andres als ein Phantom darstellt. Schon bei der Kapitalinvestierung haben die russischen Wirtschaftspolitiker in den ersten zwei Jahren sich um nicht mehr und nicht weniger als um 40 Prozent verrechnet.

Ursprünglich hieß es, daß der Plan auf fünf Jahre festgesetzt sei, darauf: „Der Fünfjahresplan wickelt sich ab in vier Jahren" und schließlich hatte man den „Fünfjahresplan in drei Jahren"! Anfang November dieses Jahres kehrte man zur ursprünglichen Periode zurück, man erklärte aber zugleich, daß nach Abschluß der fünf Jahre, d. h. im Jahre 1932, ein neuer Fünfjahresplan eingeleitet werden müsse. Die Fristen der Verwirklichung des Planes werden immer wieder geändert. Das bedeutet aber, daß eins der wichtigen Elemente des Fünfjahresplans, die festgesetzte Frist, reine Phantasie ist.

Ein vollkommenes Durcheinander herrscht bei der Verwendung der Milliardenkredite. Das Organ des Obersten Volkswirtschaftsrats „Sa Industrialisaziju" vom 28. Juli 1930 brachte darüber u. a. folgende Meldungen:

„Der Bauplan erreichte in diesem Jahr eine Zahl, von welcher man — es ist noch gar nicht lange her — nicht einmal zu träumen wagte, nämlich 4 Milliarden Rubel. — — Ein Haufen von unkomplettiertem Material, welches Kapitalaufwand erforderte und nun brachliegt, stellt noch keinen Bau dar. Und solche Haufen sind, wie bekannt, überall zu sehen. . . Noch ein wichtiger Umstand ist zu verzeichnen: weder besteht eine Sicherheit für die Herabsetzung des Kostenvoranschlags des Baues, noch für seine Stabilität. Hier kann man überhaupt nichts Bestimmtes sagen, weil niemand von etwas weiß. Bisher sind nicht einmal die Kalkulationsmethoden für die Baukosten ausgearbeitet; sogar der relative Index für das Vorjahr ist bisher nicht festgesetzt."

„Niemand von etwas weiß . . ." Diese auf das wesentliche Sondergebiet der Bautätigkeit angewandten Worte charakterisieren vortrefflich die Planlosigkeit des „Planes".

Der „Trud", das Zentralorgan der Sowjetgewerkschaften (Nr. 279, 1930) führt ein drastisches Beispiel aus der Praxis der Sormowo-Werke an, die angeblich eine Belegschaft von 20 000 Arbeitern beschäftigen. Darin wird u. a. folgendes Geständnis abgelegt:

„Planlosigkeit und Unwirtschaftlichkeit, das ist eine alte Krankheit der Werke. Unter der Planlosigkeit leidet besonders schwer die Schiffswerft. Wenn man in die Werft hineinkommt, zwischen den Ungetümen der angefangenen Kähne einhergeht und mit den Arbeitern spricht, betäuben einen die Tatsachen mit ihrer Reichhaltigkeit und ihrem Anprall wie der Lärm der Hämmer von Hunderten von Zimmerern an den Kähnen. Die Schiffswerft hat sich unter allen andern Abteilungen der Werke mit ihrem Programm am meisten blamiert. Nach dem Programm sollte sie im Laufe des Jahres 24 Schiffe liefern, und hat insgesamt — vier Schiffe gebaut. 1½ Millionen Rubel, gegenüber einem Programm von 12 Millionen Rubel. Auf die Schiffswerft entfällt fast die Hälfte der schlimmsten Mängel des Betriebs, d. h. des Leerlaufs und der Ueberarbeit. An Leerlauf verzeichnet sie 870 000 Arbeitsstunden, an Ueberarbeit 562 000 Stunden."

Die Industrialisierung in der Praxis.

Wie die Industrialisierung in der Praxis sich vollzieht, ist aus den nachstehenden Beispielen zu ersehen, die sehr charakteristisch für den gesamten Aufbau sind. Sämtliche Angaben sind amtlichen Sowjetblättern entnommen. Das große Traktorenwerk „Traktorostrog" wurde am 1. Mai 1930 feierlich in Betrieb gesetzt. In den letzten Monaten meldete die Sowjetpresse immer wieder, daß das Werk an schweren „Kinderkrankheiten" leide und daß seine Leistungsfähigkeit nur 12 Prozent des Betriebsplans erreiche. — Die neue Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen in Rostow am Don, welche als die größte ihrer Art in der ganzen Welt von den Bolschewisten ausgegeben wird, liefert eine Produktion, die nur 30 Prozent des vorgesehenen Planes beträgt. Dazu sind die Erzeugnisse teuer und minderwertiger Qualität, da in der Nähe der Fabrik Holz jener Qualität, welche der Betrieb braucht, nicht vorhanden ist, und die gelieferten Stahlsorten für landwirtschaftliche Maschinen nicht verwendbar sind. — Die Fabrik für mechanische Glasfabrikation „Bely Bytschok" wurde offiziell bereits im Jahre 1929 in Betrieb gesetzt, in Wirklichkeit aber können die Arbeiten bis heute nicht beginnen, weil die Fabrik in einem Bezirk errichtet worden ist, wo es für die Produktion keine Rohstoffe gibt. So z. B. muß Sand aus einer Entfernung von 380 Kilometer herangeschafft werden! Dabei liegt die Fabrik nicht einmal an einer Eisenbahnlinie. Es fehlt an Brennstoffen. Die Baukosten der Fabrik überschritten 50 Prozent des Voranschlags. Die Fabrik, welche, wie gesagt, erst im vorigen Jahr in Betrieb genommen wurde, mußte kürzlich schon stillgelegt werden, damit wichtige Reparaturarbeiten vorgenommen werden konnten. Von der GPU. (Tscheka) ist eine besondere Untersuchung eingeleitet worden. („Ekonomitscheskaja Shisn", 4. November 1930.) — Bei dem neuen Kraftwerk „Roter Oktober" in Leningrad kostet der elektrische Strom 8,7 Kopeken je Kilowattstunde, während die vier alten Leningrader Elektrizitätswerke ihn zu 7,35 Kopeken liefern. — In den neuerrichteten Papierfabriken Balachno, Ejasj und Kondopoisch kostet Zeitungspapier um 70 bis 80 Prozent mehr, als in dem Geschäftsplan vorgesehen war. — Die neue Lanzuzki-Tuchfabrik, die 12 Millionen Rubel kostete, wird jetzt für zwei Jahre stillgelegt, weil die von ihr benötigten feinen Wollsorten nicht verfügbar sind. Solche und ähnliche Tatsachen über das Versagen und die Mißstände der Industrialisierung bringt sogar die sowjetamtliche Presse immer wieder. Wir beschränken uns auf die angeführten Beispiele, da sie uns ohnehin eine vollkommen klare Vorstellung über die wirkliche Bedeutung der Industrialisierung unter dem Fünfjahresplan geben. Die „Erfolge" des Fünfjahresplans in den wenigen Industriezweigen sind fast ausschließlich auf Kosten der Qualität der Erzeugnisse und der Ausbeutung der Arbeitnehmerschaft zurückzuführen.

Mangel an Kapital und qualifizierten Arbeitskräften.

Der Fünfjahresplan war von vornherein zum Mißerfolg verurteilt, weil der Sowjetstaat über die enormen Mittel nicht verfügt, welche für die Durchführung des Planes erforderlich sind. 78 Milliarden können aus dem verarmten russischen Volke nicht erpreßt werden, selbst wenn die rücksichtslosesten Gewaltmethoden angewandt werden. Die Auslandsanleihen sind in der Regel relativ klein und kurzfristig. Eine Kapitalansammlung im Lande ist infolge der unerträglichen Steuerbelastung und der systematischen Enteignungsmaßnahmen ganz ausgeschlossen. Eine formell freiwillige, tatsächlich zwangsmäßige Anleihe löst die andre ab. Schon seit Monaten werden die Löhne und Gehälter mit entwertetem Inflationsgeld und mit großer Verspätung ausgezahlt. Wie groß die Not an Kapital bzw. an Devisen sein muß, geht daraus hervor, daß die russischen Handelsorgane, laut englischen Meldungen, in den letzten Monaten zu folgenden ausgesprochen betrügerischen Maßnahmen greifen: sie besorgen Ware auf Kredit mit dem Zweck des alsbaldigen Wiederverkaufs gegen Barzahlung! Nicht zu vergessen ist, daß der russische Tscherwonez im letzten Jahre bedeutend entwertet worden ist und daß er an den Auslandsbörsen nicht notiert wird.

Um die Produkte der Landwirtschaft ohne entsprechenden Gegenwert bekommen zu können, führt bekanntlich der Kreml seit Jahr und Tag einen Krieg mit der Bauernschaft. Diese Zustände glaubte die russische Regierung aus der Welt schaffen zu können, indem sie rücksichtslos die privaten Bauernwirtschaften enteignete und Kollektivwirtschaften aufbauen ließ. Aber auch die „sozialisierten" Betriebe verweigern ihre Erzeugnisse dem Staate, der ihnen keinen Gegenwert liefert. Indes hat die Organisation der Kollektivwirtschaften schon 3 Milliarden Rubel verschlungen. Mit einer Rückzahlung dieser gewaltigen Summe ist nicht zu rechnen. Ungefähr ebenso fruchtlos ist vom Standpunkt der Lebensbedingungen der Volksmassen aus die Kapitalinvestierung in der Industrie. Das Kapital wird fast ausschließlich in der Schwerindustrie und in Bauarbeiten angelegt, während der verarbeitenden Industrie, welche Massenbedarfsartikel erzeugt, keine Aufmerksamkeit geschenkt wird. Auf diese Weise werden die Mittel verwendet, ohne Einnahmen zu bringen. Selbst das Kapital eines reichen Landes würde auf die Dauer nicht ausreichen, geschweige schon eines Rußlands. Die großen Fabrikanlagen, die allerhand „Kombinate", welche der Sowjetstaat unter Verwendung von Milliarden und aber Milliarden bauen läßt, gestalten sich zu Kartenhäusern, zu wertlosen Kolossen auf tönernen Füßen. — Eine unüberwindliche Aufgabe bietet das Problem der Organisation der Arbeitskräfte, insbesondere der Heranziehung von qualifizierten Arbeitern und Fachleuten. Schon seit Jahren leidet die Sowjetindustrie unter dem Mangel an Fachleuten und gelernten Arbeitern. Das gewaltige Tempo des Fünfjahresplans stellt in dieser Hinsicht besonders große Forderungen. Die wenigen ausländischen Fachleute können natürlich die Lücke nicht ausfüllen. Außerordentlich erschwert wird die Lage noch dadurch, daß die Sowjetgewalt in einer Person den strenggläubigen Kommunisten und den sachkundigen Fachmann sehen möchte.

Seit Anfang dieses Jahres ist in verschiedenen Industriebezirken Rußlands auch ein Mangel an einfachen Arbeitskräften bemerkbar. Diese Erscheinung ist keineswegs auf den Rückgang der Arbeitsdisziplin oder auf das Fehlen von Arbeitskräften im Lande überhaupt zurückzuführen. Vielmehr spielen hier eine verhängnisvolle Rolle die entsetzlichen Lebensmittel- und Wohnungsverhältnisse, welche die Arbeiter zwingen, von einer Stadt in die andre oder von der Stadt auf das flache Land zu flüchten. Der Sowjetstaat läßt gigantische Fabrikanlagen bauen, aber die Fragen der Unterkunft und Lebensmittelversorgung der Arbeiter nehmen im Fünfjahresplan den allerletzten Platz ein.

Von der Idee der Gewalt hypnotisiert, reagierte die Sowjetregierung auf die Arbeiterflucht aus den Betrieben bzw. aus den Städten mit Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung und Einführung des Arbeitspflichtsystems. Diese Erdrosselung des Arbeitsrechts und Versklavung der arbeitenden Bevölkerung ist so ungeheuerlich für einen Staat, der sich als sozialistisch ausgibt und steht in solchem scharfen Widerspruch zu den modernen demokratischen und sozialen Begriffen, daß wir hier in einem besondern Artikel auf diese Frage schon eingegangen sind.

Im dritten Jahre der Durchführung des Fünfjahresplans wird das Volk in einem so entsetzlichen Ausmaß von Hungersnot und Entbehrungen heimgesucht, wie es Rußland seit dem Jahre 1920 nicht erlebt hat.

Geständnisse. Ein schlechter Kriminalroman.

Der Olymp der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wird von einer Panik erfaßt. Bucharin, Rykow, Tomsky, Syrzow und zahlreiche andre „Prominente" der alten bolschewistischen Garde erklären, daß die Politik des Kremls, um mit den Protestkundgebungen der „Prawda" gegen die Parteiopposition zu sprechen, die Sowjetunion „blindlings in eine Phase wirtschaftlicher Schwierigkeit" hineingetrieben habe, daß die Arbeiter unzufrieden seien, weil „der Reallohn sinkt", während „im materiellen Dasein und im Alltagsleben der Arbeiterklasse die Mißstände zunehmen". Sie bekunden, daß der „bürokratisch verknöcherte" Sowjetapparat nicht imstande sei, „die Aufgaben der Umbauperiode" zu lösen, und daß der Sowjetstaat „dem unvermeidlichen Zusammenbruch" entgegengehe.

Der neue Riesenprozeß gegen die Fachleute, die zweite vergrößerte Auflage des Schachty-Prozesses, illustriert ebenfalls überzeugend das Versagen des bolschewistischen Wirtschaftssystems. Namhafte Fachleute, die Jahre hindurch loyal dem Sowjetstaat gedient haben, sollen als Sündenböcke gelten. Die Inszenierung des Prozesses bezweckt, die Schuld an dem Mißerfolg des Fünfjahresplans von Stalin und Genossen abzuwälzen und die Masse der Arbeiterschaft psychologisch auf den Zusammenbruch dieses Planes vorzubereiten. Die Anklageschrift, die 80 Druckseiten umfaßt, erinnert an einen schlechten Kriminalroman eines Dilettanten: krankhafte Phantasien, durchsichtige Unwahrheit, Entstellung bekannter Ereignisse, Namenverwechslung usw. sind dort zu finden, aber nur nicht Tatsachen, die als Grundlage einer Anklage vor einem Gericht eines zivilisierten Landes dienen könnten. In der Tat ist auch die Anklageschrift von dem Reichsstaatsanwalt Krylenko zusammengestellt worden, den, laut Mitteilung des Moskauer Korrespondenten des russischen „Sozialistischen Boten" (Berlin), bekannte Aerzte als geisteskrank erklärt haben. Dieser gut unterrichtete Korrespondent teilt seinem Organ (Nr. 21, 1930) darüber folgendes mit:

„Die Aerzte stellten fest, daß Krylenko bereits seit einigen Jahren nervenkrank sei, er leide an nächtlichen Halluzinationen, bei der geringsten Erregung verliere er die Macht über seine Handlungen und sei in diesen Fällen vom Standpunkt der medizinischen Wissenschaft für seine Taten und Reden nicht verantwortlich zu machen. Die Atteste stammten von autoritativen Spezialärzten, die Krylenko bereits seit Jahren behandeln. Sie bezeugten eindeutig, daß er in ein Sanatorium für Nervenkranke, wenn nicht gar ins Irrenhaus gehöre."

Dieser Mann hat die Anklage vertreten und fordert die Todesstrafe für die Angeschuldigten.

Deutschlands Stellung.

Unter den geschilderten Verhältnissen müssen die jüngsten Entschließungen des offiziellen Deutschlands betreffs der Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland wie ein Schlag vor den Kopf wirken. Weder in der Dumpingfrage, noch in der Frage der Reichsgarantien für Rußlandgeschäfte kann Deutschlands Stellung gerechtfertigt werden. In den letzten Monaten hat das Schleudern der russischen Erzeugnisse auf dem deutschen Markt einen nicht unerheblichen Umfang angenommen, so daß die ohnehin schwere Wirtschaftskrise verschärft und die Marktverhältnisse einzelner Industriezweige weiterhin gefährdet wurden. Im Unterschied zu den meisten europäischen und den außereuropäischen Ländern haben die offiziellen Stellen Deutschlands absolut keine Antidumpingmaßnahmen getroffen. Diese Taktik ist um so unbegreiflicher, wenn man bedenkt, daß nur eine solidare Zusammenarbeit der europäischen Regierungen auf dem Wirtschaftsgebiet die Not der Völker mildern kann. Noch merkwürdiger ist der Beschluß der Reichsregierung, wonach die 350 Millionen Mark, die auf Grund der Notverordnung des Kabinetts Brüning in den nächsten zwei Etatsjahren für die Förderung des deutschen Außenhandels vorgesehen sind, für Reichsgarantien für Rußlandgeschäfte verwendet werden sollen. Dabei soll von nun an die Reichsgarantie bis auf 70 Prozent erhöht und auf das Fabrikationsrisiko, d. h. für die Fabrikationszeit bis zur Einreichung der Russenwechsel, erweitert werden. Bisher erstreckte sich die Reichsgarantie auf 60 Prozent der abgeschlossenen Geschäfte und nur auf die Zeit von der Einreichung bis zum Fälligkeitstermin der Russenwechsel. Wie das Kabinett Brüning in der Zeit schwerster Not diese Finanzaktion verantworten kann, ist für uns ein völliges Rätsel. Muß doch die Regierung Brüning-Dietrich einsehen, daß die Kreditaktion für Rußlandgeschäfte eine Finanzierung des phantastischen Fünfjahresplans des Kremls bedeutet, die nicht zu verantworten ist, zumal der Sowjetstaat in eine Phase katastrophaler wirtschaftlicher und politischer Erschütterungen eingetreten ist. —

Flucht

Aufgelöst war jede Zucht. Der Sieger
kam, sich sammelnd, uns nur zögernd nach;
doch ins Vorfeld ließen schon die Flieger
Bomben fallen, und die Sonne stach.
Und die Stadt der Speicher, die wir kannten
noch vom Vormarsch her, gedeckt mit Stroh,
brannte, da wir durch die Gassen rannten
und Patronen faßten, lichterloh.

Und wir hieben mit den blanken Picken
auf die Fässer ein, bis Branntwein floß,
bis der herbe Rotwein sich in dicken
Strahlen rauschend über uns ergoß.
Weiter rannten wir, vom roten Bade
noch durchnäßt; wer eine Kiste fand,
schmierte, schwankend, sich die Marmelade
in den Mund mit seiner freien Hand.

Und verschlungen hatte Vieh und Stangen
schon der Strom, daß er geschwollen schien;
die nicht schwimmen konnten, stiegen, sprangen,
krochen über die Kadaver hin.
Kaum am Ufer, fielen mit verstauchten
Zeh'n wir hin und schossen, daß der Damm
brenzlich hauchte, daß die Läufe rauchten
und die Aermel säuberten vom Schlamm.

Theodor Kramer.

Die militärischen Sowjetgewerkschaften

Der „Trud", das Zentralorgan der Sowjet-Gewerkschaften, veröffentlicht einen Fragebogen an die Arbeiter-Korrespondenten und die gewerkschaftlichen Bildungsfunktionäre über die Tätigkeit der Betriebsräte und der gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen auf dem Gebiete der Förderung des Sowjet-Militarismus. Aus der langen Reihe der Fragen greifen wir einige heraus, die sehr charakteristisch für den Geist der Gewerkschaftspropaganda sind:

„Inwieweit wird die militärische Propaganda (Abendveranstaltungen, Ausstellungen, Militärzirkel, Ausmärsche usw.) im Massenmaßstab und regelmäßig durchgeführt? Sind die Fragen der militärischen Propaganda in das Programm des Kulturausschusses einbezogen? Wird die militärische Literatur (Zeitungen, Zeitschriften, Bücher) verbreitet und abonniert? Sind in der Bibliothek Sonderregale für militärische Literatur eingerichtet? In welchem Zustand befindet sich die Schützenarbeit? Wie werden die Fragen der militärischen Arbeit in der Wandzeitung beleuchtet? Werden von den Gewerkschaftsorganisationen gemäß dem Beschluß der Gewerkschaftszentrale 4 v. H. von den Kulturfonds für militärische Propaganda abgezweigt? Was ist für die Durchmilitarisierung des dem Protektorat der Gewerkschaft unterstellten Dorfes geschehen?"

Aus diesen Fragen geht klar hervor, daß die Sowjet-Gewerkschaften in unverantwortlicher Weise militärische Propaganda treiben. —

Was ist Bürgerkrieg?

Von Karl Bröger

Edwin Erich Dwinger hat in seinem Buche „Die Armee hinter Stacheldraht" das Los der Kriegsgefangenen in Rußland stark und menschlich aufwühlend dargestellt. Dieses Buch schließt mit der Flucht Dwingers auf dem Gefangenenlager Totzkoje. Seine weitern Schicksale in Rußland schildert nun Dwinger in einem neue Buche „Zwischen Weiß und Rot. Die russische Tragödie 1919/20". (Eugen Diederichs Verlag in Jena.) Stofflich ist dieser 500 Druckseiten umfassende Band die unmittelbare Fortsetzung der „Armee hinter Stacheldraht". Dwingers Flucht gelingt; er kommt zu deutschen Zivilinternierten, die ihn einige Zeit versteckt halten. Eines Tages begegnet Dwinger dem Kapitän Verenicki, seinem alten Lagerkommandanten von Totzkoje. Inzwischen ist der Bürgerkrieg in Rußland ausgebrochen und lodert in hellen Flammen auf. Von allen Seiten marschieren „weiße Armeen" gegen die Sowjets. Im Osten organisiert der Admiral Koltschak eine solche Armee. Verenicki stellt Dwinger vor die Wahl, sich dieser Armee anzuschließen oder wieder ins Lager zurückzukehren. Niemand wird es Dwinger verdenken, daß er sich für Koltschak entscheidet. Bis hierher ist Dwingers Bericht mehr privater Art. Aber nun beginnt Dwingers Teilnahme an einer weltgeschichtlichen Tragödie, von deren Ausmaßen bisher niemand bei uns eine rechte Vorstellung gehabt hat.

Die Kämpfe „zwischen Weiß und Rot" beginnen mit einem Scheinerfolg der Weißen. Die Armee Koltschak dringt bis an die obere Wolga vor und treibt die Sowjet-Divisionen vor sich her. Dann wendet sich aber plötzlich das Blatt. Ein jäher Rückschlag erfolgt. Noch einmal halten sich die Weißen zähe in den Bergen des Urals, werden aber umgangen und müssen nun eiligst nach Sibirien zurück. Auf diesem Rückzug geraten sie in einen entsetzlichen Winter, der alle Schrecken und Leiden des Rückzugs verdoppelt und verdreifacht. Immer an der großen transsibirischen Bahn entlang fluten die Truppen Koltschaks annähernd 6000 Kilometer gen Osten zurück bis hinter den Baikalsee. Mit ihnen ziehen Flüchtlingsscharen aus dem geräumten Gebiet: Frauen und Kinder, Greise und Kranke, ausgesetzt allen Schrecken und Greueln eines chaotischen Zusammenbruches! Zehntausende von ihnen fallen am Wegrand und säumen als Opfer die Straßen. Hunger, Kälte, Typhus raffen die Menschen fort, die Schwachen, wie Frauen und Kinder, zuerst. Auch die Soldaten Koltschaks leiden fürchterlich. Vollständig abgerissen, ungenügend verpflegt, der sibirischen Kälte unter freiem Himmel Tag und Nacht ausgesetzt, nimmt ihre Widerstandskraft rasch ab. Zu Neujahr 1920 werden die „Weißen" bei Krasnojarsk gestellt und vernichtend geschlagen. Mehr als 80 000 Mann geraten in Gefangenschaft. Nur noch elende Trümmer erreichen Irkutsk und den Baikalsee. Der größte und gefährlichste Angriff gegen Sowjetrußland ist in Blut, Hunger, Kälte und Elend erstickt. Wieviel Menschen dieser Herbst und Winter verschlungen hat, wird dokumentarisch genau wohl niemals festzustellen sein. Daß es Hunderttausende sind, kann als sicher angenommen werden.

Diese unerhörten Vorgänge — in Wahrheit ein „Jüngstes Gericht" an den russischen Mittelschichten! — gestaltet Dwinger in einem Neben- und Nacheinander von kleinen Episoden. Die Menschen sind gut gesehen, benehmen sich durchaus nicht heroisch und ahnen kaum, in welcher ungeheuern Tragödie sie mitwirken. Durch die Menschen und ihre Menschlichkeiten hindurch erschließen sich uns zwanglos die Zustände bei den „Weißen" Koltschaks, die wohl als typisch gelten dürfen für die Zustände aller weißen Interventionsheere, ob sie sie nun von Wrangel, Denikin oder Judenitsch geführt worden sind. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, einen Blick auf die andre Seite zu tun. Bei den Sowjetarmeen scheint es nicht viel anders gewesen zu sein. Wer den „Ur-Schwejk" des genialen Jaroslaw Hasek kennt, erinnert sich an die Geschichte des „Kommandanten von Bugulma". Ich erwähne hier deswegen diese ergötzliche Geschichte, weil sie sich stofflich eng berührt mit Dwingers Schilderungen. Bugulma, wo Hasek als roter Kommandant war, ist der äußerste westliche Punkt, den die Koltschakarmee bei ihrer ersten Offensive erreicht hat. Der große Humorist Hasek schildert uns die „Roten" auf seine unnachahmliche Art, die unbarmherzig enthüllt, was bei den Gegenspielern Koltschaks auch nur menschlich ist. Dwinger sieht psychologisch nicht entfernt so tief wie Hasek, seine Betrachtung ist nicht frei von Sentimentalität, die wenig zu dem großartigen Stoff passen will. Doch erklärt sich das aus Dwingers Jugend, der damals im schönsten Alter eines idealistisch erzogenen deutschen Offiziers stand. Dwinger war 21 oder 22 Jahre alt, als er die Tragödie Koltschaks miterlebte. Persönlich überstand er alle Strapazen des Rückzugs und fand durch eine abenteuerliche Flucht mit seinem Freund Dr. Berger den Weg nach Deutschland.

Bei einem Buche, dessen Wert vor allem im Dokumentarischen besteht, ist die Frage nach den Quellen unerläßlich. Dwinger hat sein Buch aufgebaut aus den Aufzeichnungen seines Freundes Dr. Berger, aus seinen eignen Tagebüchern und ungeschriebenen Erinnerungen und aus Erzählungen, die ihm auf Grund der eignen Erlebnisse glaubhaft schienen. Dem strengen Wissenschaftler werden diese Quellen vielleicht nicht genügen. Er halte sich an die menschlich echte und überzeugende Art der Darstellung, die nirgends den Verdacht weckt, daß Dwinger Charaktere oder Ereignisse beschönigt. Es wäre auch falsch von Dwinger, wenn er zehn Jahre später Partei für oder gegen genommen hätte. In diesen zehn Jahren sprach, las und hörte Dwinger allerlei, was er in seiner Koltschak-Zeit gar nicht wissen konnte. Dieses hinterherige Wissen ausgeschaltet zu haben, ist ein Vorzug, keine Schwäche seines Buches.

Ein Buch von der Art, wie es uns Dwinger hier vorlegt, zwingt zu Gedanken, die unsre allgemeine Situation von heute erwecken muß. Bürgerkrieg! Nicht in Deutschland allein, überall in der kapitalistisch bedingten und beherrschten Welt ist dieses Problem brennend. Wir brauchen gar nicht nach China oder nach Bolivien abzuschweifen. Bei uns gibt es auch Leute, denen der Gedanke naheliegt oder nahegelegt wird. Statt im geistigen Wettstreit auf dem Boden der Demokratie wollen sie die Entscheidung durch eine gewaltsame Aktion. Sie berauschen sich an der Idee eines „Sieges", der doch nur erfochten werden kann gegen eigne Volksgenossen. Wüßten sie, was Bürgerkrieg ist, sie würden sich doch überlegen, ob einem Volke wie dem deutschen Volk dieser Passionsweg — selbst in seinen rückständigsten Gliedern! — einleuchtet. Schlägt der Krieg mit Peitschen, dann züchtigt der Bürgerkrieg mit Skorpionen und ist die scheußlichste Form überhaupt, die eine bewaffnete Auseinandersetzung unter den Menschen annehmen kann. Wer das erkennen will, lese Dwingers Buch „Zwischen Weiß und Rot". Ich meine hier gar nicht einmal die von beiden Seiten begangenen Schandtaten — unvermeidliche Handlungen jedes Bürgerkrieges! —, meine nicht die grauenhaften Folterungen, wie sie Dwinger schildert. Ich denke an den unterirdisch und unter-menschlich schwelenden Haß, der allein Bürgerkriege hervorrufen kann. Nur verbrecherische Sadisten können diesen Haß schüren. Unsre Aufgabe ist es, diesen Haß abzubauen, indem wir das Prinzip der Gewalt bekämpfen, wo es uns begegnet.

Für diesen Kampf liefert das neue Buch von Dwinger genug anschaulichen Stoff. Zu wünschen wäre, daß dieses Buch vom Wesen des Bürgerkrieges viele verständige Leser findet, die weitertragen, was sie aus dieser Tragödie einer innern Selbstzerfleischung für bedeutsam halten. —

Die Flucht bei Amiens

Von Charles Yale Harrison / Einzig berechtigte Uebersetzung von L. P. Lindgren

Nachfolgender Auszug ist aus dem Kriegsbuch des frühern kanadischen Soldaten und jetzigen Neuyorker Redakteurs Charles Yale Harrison „Generals Die in Bed", das in England peinliches Aufsehen erregt.

Ziegelsteinhart waren die Aecker gebrannt. Unter den tausend und aber tausend Stiefeln der Brigade stäubte der zermahlene Lehm hoch und verschlammte Gaumen und Zunge. Die Leute fluchten vor Durst und waren durchnäßt vom Schweiß. Marschkranke lagen an allen Wegen. Das waren die Vorbereitungen zur großen Amiensschlacht. Eines Tages marschierten wir aus der Marschkolonne in Kompaniefront auf, und die Brigade nahm vor einem Stab von Offizieren Aufstellung. Ein General des Hauptquartiers verlas einen Heeresbefehl, darin von der Torpedierung des kanadischen Hospitalschiffes „Llandovery Castle" die Rede war. Es war ein flammenheißer Tag. Unter dem Gewicht des Gepäcks und der scheuernden Enge der Uniformen war „Stillgestanden!" befohlen. Die Gesichter der Soldaten brannten wie Mohn. Unsrer Wut waren alle Auswege verstopft. Die Sonne blitzte auf die goldgeflochtenen Generalsaufschläge, als die mörderische U-Bootspest der Deutschen in unsere Gehörgänge kroch. Die schnarrende Sprache des Generals stand in widerlicher Dissonanz zu dem grauenvollen Bericht. Es wurde darin gesagt, daß die ausgesetzten Rettungsboote der „Llandovery Castle" von den Maschinengewehren der Deutschen buchstäblich zersägt wurden, daß sogar die Krankenschwestern, die in Rettungsringen verzweifelt mit den Wellen kämpften, das Ziel der lachenden Hunnen gewesen seien. Fiebernde Bein- und Armamputierte versanken mit ihren hilflosen Körpern in den eiskalten Fluten des Kanals.

Daß der Krieg zu Ende ging, sagten uns unsre Nerven. Bei diesem bestialischen Bericht bäumte sich alles in uns hoch, und die schwarzen Fänge des Wahnsinns schüttelten uns.

Der General sprach weiter:

„Wir stehen wenige Tage vor der letzten Schlacht, die das Leben der ermordeten Kameraden im Kanal rächen wird. Ein Feind, wie der Deutsche, verdient keine menschliche Behandlung. Verlangen die Deutschen für ihre Leistungen unsre Quittungen, so werden wir nicht einen Augenblick zögern, sie ihnen zu geben. Auge um Auge! — Zahn um Zahn!" — Wie ungeduldig bewegten sich einige Füße.

Dann sprach unser Brigadekommandeur. Er spielte darauf an, daß jeder Gefangene von unseren Nationen eine gute Verpflegung erwarte.

„Ich sage nicht, keine Gefangenen zu machen! Das ist sozusagen gegen das Völkerrecht! — Aber ich sage, gebt ihnen von eueren eisernen Portionen!

Die Sonne brannte noch erbarmungsloser, als wir zurückmarschierten. Die Uniformen wurden noch enger, der Staub biß noch schärfer auf der Straße, und eine Litanei von Flüchen ging durch alle Gruppen der Brigade.

Einige Tage später ging es näher an die Front.

Tanks, Traktoren, Batterien ... Tanks, Traktoren, Batterien.

Ein Eisenrollen wie in riesigen Rangierbahnhöfen der Stahlwerke dröhnte die ganze Front entlang. Wir marschierten nur bei Nacht. Bei Tag bewegte sich weder Stiefel noch Rad. Tanks und Geschütze lagen reglos, wie schlafende Dinosaurier, unter laubfarbener Maskierung. Abends krochen wir aus feuchten Ställen und verlausten Scheunen näher an die Front, dem Unheil entgegen.

Am Abend vor dem 8. August wurde bekanntgemacht, daß es im Morgenrauen losgehen würde.

„Gefangene werden nicht gemacht!" war die Parole.

In fünf Linien stand die schwere Artillerie feuerbereit auf einer Front von 20 Meilen. Alle drei Sekunden krepierte bei „Heini" (kanadischer Ausdruck für die Deutschen) eine schwere Granate auf einem Raum von drei Quadratfuß. Keine Laus blieb am Leben unter solchem Stahlorkan.

An Schlaf war nicht mehr zu denken. Das Gerede ging einzig um die Frage: „Wie macht man keine Gefangenen?"

Einer war der Meinung, daß das Bajonett am einfachsten sei. Andere, daß die Handgranate bessere Kleinarbeit leiste.

„Ihr steckt dem Heini eine Handgranate in die Tasche und kommandiert: „Heini! Laufschritt, marsch, marsch!" — Er rennt keine fünf Schritte und geht hoch. So kommt er am schnellstens dahin, wohin er will."

Ein Korporal erklärte, daß das Bajonett zu sehr ermüde und zu lange aufhalte. „Es ist, als ob sich die Därme am Stahl festklammerten."

Ein Gefreiter entschied sich für die Patrone, gegebenenfalls für zwei. „Das ist immer ein glattes Geschäft. Erstens ist sie sicher, und zweitens sterilisiert sie auch!"

Einer phantasierte, daß er 1915 bei Ypern einen kanadischen Offizier sah, den Deutsche auf eine Scheunentüre gekreuzigt hatten. Ein Bajonett durch jede Hand und eins durch beide Füße.

„Von Christen gekreuzigt!" sprach unser Kompanieführer, ein sechs Fuß langer Engländer, über unsere Reden weg.

Auf der Erde kamen die Steine ins Springen, als der Vulkan der Geschütze losbrach. Der Deutsche antwortete kaum. Er wurde überschüttet von zermalmendem Stahl. Die Granatenschwärme, der allerseits flankierenden Batterien, fauchten lagenweise kreuz und quer über unsre Gräben hinweg. Vom Luftdruck der Detonationen bluteten den vorgeschobenen Beobachtern Nase und Ohren. Das Erdbeben klappte unsre eignen Gräben zusammen. Die Atmosphäre orgelte unter den Zentnerlasten fortgeschleuderten Stahls. Hinter den vernichtenden Eisengittern gingen wir vor. Tanks ratterten voraus, mit feuernden Geschützen und Flammenwerfern.

Bald sprangen aus den Erdtrümmern die ersten Deutschen auf. Sie kamen auf uns zu mit erhobenen Händen. Lachten! — Waren froh, der Hölle entsprungen zu sein. Zu Hunderten kamen sie herübergerannt.

Und dann — wie in einer Schießbude — kippte einer nach dem andern um. Die Anspielungen des Kommandeurs taten ihre Pflicht und wurden offener Befehl. Jeder schoß, was ihm vor den Lauf kam. In einem tiefen Trichter drängte sich ein Haufe Deutscher mit erhobenen Händen zusammen. Wie Wahnsinnige schossen unsere Leute blindlings darauf los, bis sich eine krümmende Leibermasse am Boden des Trichters wälzte.

Nachmittags waren wir fünf Meilen tief in das feindliche Gebiet vorgestoßen und — das versenkte Hospitalschiff war gerächt.

Vier Monate später las ich in der „Daily Mail", daß die „Llandovery Castle" nicht ein Hospitalschiff, sondern ein schwer armierter Hilfsdampfer voll Kriegsgerät war, den die Deutschen am Eingang des Kanals versenkt hatten.

Zwölf Jahre sind darüber vergangen. Niemals vergesse ich den Befehl! Ich lese gerade Arthur Ponsonbys „Lügen im Weltkrieg". In diesem Buch erwähnt der Verfasser nicht die Versenkung der „Llandovery Castle", noch die schrecklichen Massaker bei Amiens. Aber Ponsonby führt jeder der tausend Lügen aller Kriegführenden des Weltkrieges auf ihren Ursprung zurück. —

Wo Patriotismus aufhört ....

Von Ernst Lemmer, M. d. R.

Alles kommt jetzt darauf an, daß dem deutschen Arbeitsmarkt jede nur mögliche Entlastung gegeben wird. Begrüßenswert sind die praktischen Vorschläge, die Preußens Staatsregierung hierzu an die Adresse der Reichsregierung gerichtet hat.

Diese Vorschläge haben zum Teil Ablehnung erfahren, und zwar bei denen, die gern immer von der Notwendigkeit von Opferleistungen zu schreiben und zu sprechen pflegen, aber sich niemals selbst damit meinen, sondern nur immer die andern. Die preußischen Sanierungsvorschläge gehen nun aber ins Wesentliche, und darum richtet sich aus den Reihen mancher Interessentenkreise dagegen Widerspruch. Das gilt besonders für den einen Vorschlag, der vorsieht, daß die Reichsregierung ein Verbot der Zulassung polnischer Wanderarbeiter in der Landwirtschaft zu erlassen hat. Dieselbe „nationale" Presse, die sich sonst nicht genug im Patriotismus ergehen kann und die so leichtfertig mit dem Gebrauch der Anklage des „Landesverrats" umgeht, kann sich einem solchen Vorschlag gegenüber plötzlich nur noch zu einem verlegenen Schweigen aufschwingen. Dieser Vorschlag ist den „Patrioten" im Rechtslager sehr unangenehm, weil er die Oeffentlichkeit einmal wieder auf die unglaubliche Tatsache hinweist, daß mehr als 150 000 polnische Arbeiter vom ostelbischen Großgrundbesitz beschäftigt werden, obwohl Hunderttausende deutscher Menschen sich vergebens nach einer solchen Beschäftigung sehnen müssen. Der sonst so überpatriotische Großgrundbesitz, der sonst nicht laut genug — besonders bei der Erörterung des deutsch-polnischen Handelsvertrags — seiner Abneigung gegen die Polen Ausdruck geben kann, zieht vielfach bedenkenlos den polnischen Arbeiter dem arbeitslosen deutschen Volksgenossen vor. Der polnische Arbeiter ist billiger zu haben, auch sonst ist er bedürfnislos und stellt keine Ansprüche, und man braucht sich um seine Unterbringung keine besondern Gedanken zu machen, da er mit allen ihm nur gewährten Wohnverhältnissen sich zufrieden gibt. Es kommt hinzu, daß der polnische Arbeiter keiner Gewerkschaft und keiner Partei angehört, man braucht sich also nicht viel um sein Arbeitsrecht und um sein Menschenrecht zu kümmern, man braucht keine besondern Wohnhäuser, die modernen Ansprüchen genügen, zur Verfügung stellen. Also: Lieber den Polen als den deutschen Landarbeiter!

Nach der Statistik der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung waren Ausgang des Sommers dieses Jahres in der Landwirtschaft noch 60 000 fachlich geeignete deutsche Arbeitskräfte ohne Arbeitsmöglichkeit geblieben. Im Durchschnitt des Jahres sind es natürlich noch viel mehr, da Ausgang des Sommers in der Landwirtschaft die sogenannte Hochsaison ist, während der der Bedarf an Arbeitskräften besonders hoch ist. Die Zahl 60 000 enthält dabei noch keineswegs die Zahl derjenigen, die in der Landwirtschaft untergebracht werden könnten. Denn auf dem Lande gibt es naturgemäß zahlreiche arbeitslose Industriearbeiter, die für die Landwirtschaft durchaus arbeitsfähig wären, und die auch arbeitswillig wären, wenn zu zeitgemäßen und berechtigten Bedingungen ihnen in der Landwirtschaft Arbeit gegeben würde. Das gilt zumindest für die Verhältnisse in den Gebieten des ostelbischen Großgrundbesitzes. Im Westen und im Süden Deutschlands, wo der Kleinbesitz überwiegend ist, mögen die Verhältnisse vielleicht anders liegen.

Obwohl wir also eine nicht unbeträchtliche Zahl von Arbeitslosen in der Landwirtschaft unterbringen könnten, zeigt der Großgrundbesitz ihnen offen — von rühmlichen Ausnahmen abgesehen — kein Entgegenkommen. Man will einfach den billigeren Polen und nicht den Deutschen haben. Zahlreiche Klagen von ostelbischen Arbeitsamtsvorsitzenden sind mir bekannt geworden, die versichern, daß ihren Arbeitsvermittlern auf den großen Gütern vielfach nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt werde. Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber lehnen es zum Teil kategorisch ab, ihren Arbeiterbedarf bei den Fachabteilungen der Arbeitsämter anzumelden, sie wenden sich lieber unmittelbar an das Landesarbeitsamt, um die Forderung nach Zuteilung ausländischer Arbeiter zu stellen. Die Folge ist, daß tatsächlich viele Arbeitsämter selbst auf dem platten Lande ihre berufsgeeigneten Landarbeiter nicht in Arbeit bringen können. Dafür aber sind dem Großgrundbesitz in diesem Jahre 114 000 polnische Wanderarbeiter zugeteilt worden. Die Zahl der in der deutschen Landwirtschaft beschäftigten ausländischen Arbeiter ist in Wirklichkeit natürlich noch größer, da 25 559 ausländische Arbeiter im Besitz des sogenannten Befreiungsscheins sind. Diese sind also inzwischen seßhaft geworden und stehen außerhalb des alljährlich gewährten Kontingents. 20 bis 40 000 polnische Arbeiter dürften außerdem ohne Anmeldung und ohne behördliche Kontrolle, besonders in den östlichen Grenzbezirken, auf den Gütern beschäftigt sein. Läßt man diese verschiedenen Zahlen auf sich wirken, dann gewinnt der Vorschlag der preußischen Staatsregierung, ein Verbot ausländischer Wanderarbeiter seitens der Reichsregierung zu erlassen, an Bedeutung und Berechtigung. Gewiß dürfte die Durchführung eines solchen Vorschlags für die Landwirtschaft zunächst einige Schwierigkeiten bringen, sie sollen auch keineswegs übersehen werden. Doch glauben wir, daß bei gutem Willen man schon weiterkäme. Die geradezu furchtbare Lage unsers Arbeitsmarkts zwingt eben zu außergewöhnlichen Maßnahmen, um eine Erleichterung zu verschaffen.

Es entbehrt nicht der Komik, wenn in einigen nationalistischen Rechtsblättern, die vom Landbund abhängig sind, zu dem Vorschlag der preußischen Regierung besorgt geäußert wird, daß ein solches Verbot zu „diplomatischen" und politischen Verwicklungen mit Polen führen könne! Die Polen würden sich ein solches Verbot nicht gefallen lassen! Diese Besorgnis wirkt geradezu amüsant, wenn man bedenkt, wie diese selben Zeitungen bei der Erörterung des deutsch-polnischen Handelsvertrags und bei der Erörterung der deutsch-polnischen Beziehungen glatt einen gegenteiligen Standpunkt einzunehmen pflegen. Man geht eben brutal von den eignen Interessen aus und spielt, je nachdem was materiell nützlicher ist, einmal die Flöte des Chauvinismus und ein andres Mal komischerweise die Flöte des Pazifismus. Man denke schließlich auch an die zahlreichen Parteihäuptlinge der nationalistischen Parteien, die keinen Anstoß daran nehmen, soweit es sich um Gutsbesitzer handelt, auf ihren Gütern polnische Arbeiter zu beschäftigen. Der pommersche Nazihäuptling, der Rittergutsbesitzer v. Corswant, den wir jetzt im Reichstag haben, hat sich kürzlich öffentlich bescheinigen lassen müssen, daß er auf seinem Gute polnische Arbeiter beschäftigt. Das patriotische Maul aufreißen kostet eben gar nichts, patriotisches Handeln kostet mehr.

Wir hoffen dringend, daß die Reichsregierung dem Vorschlag der preußischen Staatsregierung beitreten wird und baldigst dafür sorgt, daß den nationalistischen Landherren in Ostelbien Gelegenheit gegeben wird, sich vom „polnischen Erbfeind" in Gestalt des Landarbeiters zu trennen, um dafür dem „blutsverbundenen deutschen Bruder" Arbeit und Brot zu geben. —